

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährl. 1.50 RM.
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 59.
Verbandstr. 631. Fernr.: 9361 9363.

Einzelnenpreis
die vierteljährliche Belegte 0.30 RM.
für Verbandsmitglieder 0.50 RM.
Stellungsbelegte 0.30 RM.; Belegungs-
belegte 0.30 RM. Der Ein-
zelnenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 17.

Berlin, den 20. April 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 17. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und übt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wahl von Delegierten zum 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Nürnberg. (30. Juni 1919 und folgende Tage.)

Seit 1904 ist die Wahl von Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen auf unseren Verbandstagen geschehen, und Anträge auf Urabstimmung sind immer dort abgelehnt worden. Auch diesmal wäre man wohl so verfahren, wenn ein Verbandstag vor dem Gewerkschaftskongress stattfände. Da das jedoch nicht der Fall ist, so haben wir beschlossen, von den dem Verbandsvorsitzenden 10 Mandaten je eins dem 1. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Emil Roth, sowie dem Redakteur unseres Verbandsorgans, Kollegen Karl Michaelis, entsprechend den Gepflogenheiten der letzten Verbandstage zu übertragen und die übrigen 8 Mandate durch Urabstimmung der Verbandsmitglieder verteilen zu lassen.

Das ganze Verbandsgebiet ist als ein Wahlkreis zu betrachten.

Die Vorschläge betreffs der Delegierten sind in den Zahlstellen in Mitgliederversammlungen vom 2. bis 5. Mai zu machen, die Einzelmitglieder haben ihre Vorschläge an die Gewerkschaften bis spätestens zum 5. Mai einzusenden.

Die Einfindung der Delegiertenvorschläge an den Verbandsvorstand hat spätestens am 9. Mai zu erfolgen.

Die Veröffentlichung der Vorschläge wird am 24. Mai in der „Buchbinder-Zeitung“ geschehen.

Die Wahl der Delegierten durch Urabstimmung ist in der Zeit vom 30. Mai bis zum 2. Juni vorzunehmen, wobei sinngemäß das Wahlreglement betreffend die Delegiertenwahlen zum Verbandstag zugrunde zu legen ist.

Die Einfindung des Wahlergebnisses an den Verbandsvorstand muß durch die Bevollmächtigten spätestens bis zum 5. Juni geschehen.

Die Bekanntgabe des gesamten Wahlergebnisses bzw. der gewählten Delegierten erfolgt am 15. Juni in der „Buchbinder-Zeitung“.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, alle Vorbereitungen entsprechend vorstehender Bekanntmachung rechtzeitig zu treffen und die angegebenen Termine pünktlich einhalten zu wollen.

2. Neue Zahlstellen des Verbandes, die am 1. April ihre Tätigkeit begannen, sind noch in folgenden Orten begründet worden:

- Gau 6/7: Jüßburg
Oldenburg
Wismar
- „ 10: Düren (Rheinland)
- „ 11/13: Erier

3. Die Erhebung von Lokalbeiträgen für die männlichen Mitglieder von wöchentlich 10 Pf. und für die weiblichen Mitglieder von wöchentlich 5 Pf. hat die Zahlstelle Mühlhausen i. Th. beschlossen. Der Beschluß ist unsererseits genehmigt worden.

4. Die Erhöhung der Lokalbeiträge für die Mitglieder der 1. und 2. Beitragsklasse auf wöchentlich 5 Pf. und für die 3. bis 5. Beitragsklasse auf wöchentlich 10 Pf. hat die Zahlstelle Schleiz beschlossen. Auch dieser Beschluß wurde unsererseits genehmigt.

5. Wahl des Bevollmächtigten für Leipzig. Auf unsere Ausschreibung der Stelle in den Nummern 9 und 10 der „Buchbinder-Zeitung“ sind uns nur zwei Bewerbungen zugegangen. Die vom Verbandsvorstand und Ausschuß vollzogene Wahl fiel auf den auch von der Leipziger Ortsverwaltung empfohlenen Kollegen Karl Gese in Leipzig, der sein Amt inzwischen bereits angetreten hat.

6. Wahl eines provisorischen Ausschußvorsitzenden. Durch die Wahl des Kollegen Gese zum Bevollmächtigten der Zahlstelle Leipzig wird das bisher von ihm verwaltete Amt als provisorischer Vorsitzender des Verbandsausschusses frei. Auf Grund des § 49 des Verbandsstatuts haben Verbandsvorstand und Ausschuß die Führung dieses Amtes nunmehr dem Kollegen Julius Otto in Leipzig übertragen.

Die Adresse des neuen Ausschußvorsitzenden ist: Julius Otto, Leipzig-Anger, Spichernstr. 1a.

7. Wiederherstellung erloschener Mitgliedschaft. Mehrfach sind uns in der letzten Zeit Anträge auf Wiederherstellung der früheren Mitgliedschaft solcher Mitglieder zugegangen, die bei ihrer Einberufung zum Kriegsdienst ihre Abmeldung versäumt haben, die aber auch vor ihrer Einberufung schon mit ihren Beiträgen soweit im Rückstand waren, daß schon zur Zeit der Einberufung die Mitgliedschaft als erloschen gelten mußte. Um die Vorlegung von vornherein ausichtsloser Anträge zu vermeiden, haben wir generell beschlossen, daß Anträgen auf Wiederherstellung der Mitgliedschaft nur dann entsprochen werden kann, wenn die betreffenden Mitglieder zur Zeit der Einberufung zum Kriegsdienst mit ihren Beiträgen nicht mehr als 13 Wochen im Rückstand waren.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, das zu beachten.
Der Verbandsvorstand.

Die Mitgliederzunahme unseres Verbandes

vollzieht sich nach wie vor in immer gleichbleibender Stärke. Vor acht Wochen konnten wir berichten, daß die Auflage unserer „Buchbinder-Zeitung“ auf 42 500 Exemplare gestiegen sei, heute können wir feststellen, daß die vorliegende Nummer in

53 000

Exemplaren erscheint. Die tatsächliche Mitgliederzahl ist um etwas geringer als die Auflage der Zeitung, deren anhaltendes Anwachsen aber läßt erkennen, daß auch die Mitgliederzunahme in starkem Fluß bleibt.

Seit den Novembertagen hat sich die Auflage der „Buchbinder-Zeitung“ mehr als verdoppelt. Die letzte Nummer unter dem alten Regiment (Nr. 46 Jahrgang 1918) erschien in einer Auflage von 26 100 Exemplaren. Die Auflage war bis zum Jahresabschluss auf 34 800 gestiegen und die erste Nummer des laufenden Jahres kam in 35 000 Exemplaren heraus. Mit Nr. 7 stieg die Auflage auf über 40 000, mit Nr. 12 auf über 45 000 und mit Nr. 16 auf über 50 000, um heute mit 53 000 ihren höchsten Stand zu erreichen. Die letzten Wochen haben den größten Zuwachs gebracht, so daß die Annahme nicht unberechtigt ist, daß der Zustrom an neuen Mitgliedern noch weiterhin anhalten wird. Von unseren Zahlstellen haben die meisten prächtige Fortschritte gemacht. Eine ganze Anzahl hat ihre Mitgliederzahl seit Ende des 3. Quartals des Vorjahres um das Fünffache, sogar um mehr als das Zehnfache gesteigert, so z. B.

Amiaben	von 75 Mitgliedern auf über 400
Aischerleben	„ 12 „ „ 670
Vielefeld	„ 136 „ „ 349
Bonn	„ 8 „ „ 152
Brieg	„ 67 „ „ 650
Bromberg	„ 8 „ „ 120
Frankfurt-Oder	„ 8 „ „ 123
Gotha	„ 6 „ „ 100
Hannau	„ 5 „ „ 180
Heilbronn	„ 57 „ „ 807
Karlruhe	„ 28 „ „ 221
Kassel	„ 32 „ „ 289
Kottbus	„ 15 „ „ 100
Lahr	„ 84 „ „ 588
Limbach	„ 15 „ „ 300
Magdeburg	„ 157 „ „ 344
Plauen	„ 27 „ „ 158
Neustadt	„ 26 „ „ 160
Stettin	„ 39 „ „ 170
Witzburg	„ 10 „ „ 90
Zwickau	„ 28 „ „ 210

Größere Zahlstellen, wie Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Breslau, Wernien-Elberfeld, Frankfurt-Main, Halle, Hamburg, Hannover, München, Nürnberg und Stuttgart haben ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt. Ferner haben wir in einer Anzahl Orte Eingang gefunden, in denen sich ebenfalls größere Massen von Berufsgenossen in unserem Verband zusammenfanden, so in Trossingen mit annähernd 350 Mitgliedern, Eberstadt bei Darmstadt, Eriepau, Wiegitz, Summerbach-Ründeroth und Oberwiesenthal mit je über 100 Mitgliedern, Tutzlingen mit über 160 und Wiesdorf a. Rh. mit über 170 Mitgliedern.

Aus allem zeigt sich, es geht ohne Mast vorwärts. Noch immer sind Zehntausende für unseren Verband zu gewinnen. Säumen nicht, auch den letzten davon zu organisieren. Der Zusammenschluß unserer Berufsgenossen muß lückenlos sein.

Neuorientierung der Gewerkschaften.

4. Neue Ziele.

Die Arbeiten unserer Gewerkschaftszentralen, der Generalcommissionen und der Vorstandskonferenzen, charakterisieren sich — wie wir gesehen haben und soweit die Berichte hierüber der Öffentlichkeit zugänglich gemacht sind — in der Hauptsache lediglich als Arbeiten für den täglichen Bedarf. Sie sind darum auch in keiner Weise geeignet, die Masse der Gewerkschaftsmitglieder in großzügiger Weise für bestimmte aus der Revolutionsepoche geborene und dem stürmisch vorwärtsdrängenden Zeitgeist beherrschende Ideen zu begeistern. Sie wurzeln noch fast völlig im alten Abhängigkeitsgefühl vom Kapital und lassen die Einwirkung der grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftslebens durch die Revolution recht wenig erkennen. Wir verlangen durchaus nicht, daß man der jetzigen phrasenschwangeren Stunde zuliebe irgendwelche Konzeptionen machen soll, die man nicht glaubt verantworten zu können. Aber stark am Allhergebrachten festzuhalten wäre ein Verkennen der gewerkschaftlichen Aufgaben und des gewerkschaftlichen Geistes der Neuzeit. Die Revolution muß auch die Gewerkschaften auf einen anderen Boden stellen, aus dem das Unkraut der heiligen Scheu vor dem noch heiligeren Kapitalismus ausgerottet ist. Frei und ohne Fagen muß man sich diesem gegenüber bewegen können, als freie Menschen im freien Saate und absolut gleichberechtigt soll die Arbeitskraft dem Besitzer der Produktionsmittel gegenüberstehen. Die Revolution ist nicht deshalb über uns gekommen, damit lediglich unter dem Druck der aufgeregten Arbeiterschaft nur eine ziffernmäßig fahbare Erhöhung des Arbeiter-einkommens errungen und dadurch eine materielle Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft vorgetäuscht wird, die in Wirklichkeit nicht ist und nicht sein kann. Die Umwälzung der Revolution nur in eine mit hochtreibenden Wogen sich zeigende große Lohnbewegung wäre ein Mißbrauch und eine Verfälschung der Weltgeschichte.

Wir brauchen vielmehr große ideale Umstellungen, die sich völlig in Ziel und Zweckbestimmung des Arbeiterlebens auswirken. Freilich, einen materiellen Einschlag haben auch die idealsten Bestrebungen für die Arbeiterschaft, denn alle laufen letzten Endes darauf hinaus, das ganze Lebensniveau derselben auf andere, eines freien Menschen würdigere Grundlage zu stellen. Da mitzutaten dürfen die Gewerkschaften nicht länger säumen. Die Gewerkschaftsbewegung braucht ein Ziel, eine klare, den Zeitgeist als beachtlichen Faktor in Rechnung stellende Aufgabe, die der Größe der Gewerkschaftsbewegung würdig ist. Sie braucht ein Aktionsprogramm, das durchzuführen unter Aufbietung aller Gewerkschaftsmacht gewonnen werden muß und das die wirtschaftliche Auswirkung der Revolution unter ihrer Führung allen Wirtschaftskräften sichert; eine Aufgabe, die das Feuer der Begeisterung in die letzte Hütte trägt und alle Arbeitsgenossen um ihr Banner scharf. Schon längst mußte das geschehen sein. Die ersten Revolutionstage schon hätten der Welt zeigen müssen, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft unbeeinträchtigt von der Parteien-Haß und Günst praktische Arbeit in höchstem Ausmaß zu leisten gewillt und befähigt sind. Das wäre als rechtes Verstehen der Stunde gedeutet worden. Statt dessen verzeichnet erst der Bericht der Vorstandskonferenz vom Februar in lakonischer Kürze die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms, ohne auch nur anzudeuten, nach welcher Richtung hin dieses unsere gewerkschaftlichen Aufgaben der kommenden Zeit festlegen soll.

Da scheint es nachgerade Zeit zu sein, einige Punkte zu benennen, nach denen wir uns ein solches Programm aufgestellt denken, wenn es den heutigen Erfordernissen gerecht werden soll. Das grundlegende Prinzip muß sein, daß alle unsere Volksgenossen in ihrer Eigenschaft als Arbeitskräfte selbst die notwendige Kontrolle über die rechtmäßige Anwendung alles dessen in ihrer Hand haben müssen, was sich im öffentlich-rechtlichen Leben mit dieser Eigenschaft des Menschen beschäftigt. So ist zu fordern, daß z. B. jeder Gesetzesentwurf — immer nach der hier besprochenen Seite hin — seine Urheber in der Arbeiterschaft selbst haben muß. Es darf nicht mehr

sein, daß die Ausarbeitung lebenswichtiger Gesetze von Geheimräten vornehmlicherer Färbung geschieht, ohne daß die Arbeiterschaft ihren Einfluß in besonderem Maße geltend machen kann. Woher soll auch die vernünftige staatliche Bureaucratie, die in der Hauptsache noch die alte geblieben ist, Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft haben? Die alte Forderung, daß wir nicht länger nur die Objekte der Gesetzgebung sein wollen, muß bis zur letzten Konsequenz gefordert und durchgeführt werden. Der Sinn der Demokratie verlangt gebieterisch den größten Respekt vor der Volksmehrheit der Arbeiterschaft.

Dringend erforderlich ist die Schaffung eines Gesetzesbuches für das gesamte Arbeits- und Arbeiterrecht, das alle die unglücklichen Bestimmungen des reglementierten Arbeiterlebens in neuzeitlicher und allen verständlicher, vom bürokratischen Amtendeutsch befreiter Aufmachung enthalten muß, die jetzt in einer Unzahl von Gesetzeswerken — deren Auslegung ein besonderes Studium erfordert — verstreut sind. Dabei ist natürlich ebenfalls eine Neuorientierung, eine Anpassung an die jetzigen Verhältnisse unter grundlegender Umgestaltung und Beseitigung aller das gewerkschaftliche Leben behindernde Bestimmungen und vor allem eine Berücksichtigung der Tatsache notwendig, daß die Arbeitskraft nicht nur ziffernmäßig, sondern auch volkswirtschaftlich die wichtigste Gruppe im Staatswesen ist. Ohne die Arbeiterschaft ist das leere Nichts, das Chaos, der Ruin. Ein solche Festlegung der weitesten Rechte und Pflichten der menschlichen Arbeitskraft in der Verfassung muß geschehen unter dem Grundsatze, daß nicht nur jeder erwerbstätige, sondern überhaupt jeder Mensch unter den gleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen leben soll.

Das Recht zum Leben muß allen bis zur letzten Schlusfolgerung sichergestellt werden. Das schließt die Bestimmung und Sicherstellung eines Mindestmaßes auskömmlicher Lebenshaltung für alle in sich. Dieses Existenzminimum, das nach Feuerungsklassen festgesetzt werden muß und auf das jeder Anspruch hat, der seine Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellt, soll über den zugute kommen, deren Arbeitskraft vorübergehend oder dauernd ungenutzt liegen muß oder die eine bestimmte Altersgrenze überschritten und deshalb ohne weiteres aus dem Arbeitsdienst ausscheiden haben. Es muß so bemessen sein, daß jeder in den Stand gesetzt wird, sich und seine Familie über alle schweren Zeiten hinwegzubringen. Die Forderung des Existenzminimums zieht die allgemeine Arbeitspflicht nach sich gemäß der Selbstverständlichkeit, daß nur eigene Leistungen zu gewissem Besitz und Genuß berechtigen sollen. Folgerichtig muß die Entlohnung der Arbeitskräfte das gesetzliche Existenzminimum übersteigen, damit neben der Pflicht zur Arbeit, also der moralischen Seite, auch die materielle einen Mißbrauch des Existenzminimums ausschließt.

Von gleicher Wichtigkeit ist die Festlegung des Grundjahres, daß gleich wie das ganze Volk am Ausbau des Staats im sozialistischen Sinne Anteil haben muß, so auch die erwerbstätige Arbeiterschaft an der Ausgestaltung der gewerblichen Unternehmungen einen bestimmenden und ausschlaggebenden Einfluß ausüben soll solange, bis diese den notwendigen Reifegrad zur Übernahme in die Gemeinwirtschaft erlangt haben. Dieser Einfluß muß sich zunächst betätigen in einer Förderung der Mittel, die die Sozialisierung beschleunigen und die erkannt werden müssen auf Grund von bei betriebswissenschaftlichen Studien gesammelten Erfahrungen und Kenntnissen aller leitender außerhalb des Arbeiterinteresses gelegenen Feinheiten und Raffinements der kapitalistischen Betriebsführung. Das besagt, daß die Stellung des Arbeiters im Produktionsprozeß selbst vor allem eine von Grund auf andere werden, daß sie gestiftet und gesichert werden und außerhalb der persönlichen Machtbefugnisse des Unternehmers liegen muß. Entlassungen oder gar Maßregelungen müssen unbekannte Begriffe werden und erstere nur dann möglich sein, wenn die Arbeiterschaft selber ihr Votum dafür abgegeben hat. Die Loslösung der Arbeitskraft von der persönlichen Gewalt des Unternehmers ist eine der ersten Forderungen mit.

Sodann müssen die Arbeiter an der Kontrolle und Leitung der Betriebe beteiligt sein, um die kapitalistischen Auswüchse zu beseitigen und die Produktion und deren Methoden dem Bedarf anzupassen. Dabei ist das eigene Interesse der Arbeiterschaft am Produktionsergebnis sowohl nach der Menge als auch nach dem Wert zu werten und auf die höchste Ergiebigkeit der Gütererzeugung, auf die rationellste Betriebswirtschaftsführung und Arbeitsleistung unter der denkbar größten Schonung und sparsamsten Verwendung der menschlichen Arbeitskraft hinzuwirken. Die Steigerung der Produktion, die zum Wiedererlangen eines staatlichen Wohlstandes notwendig ist, der nur allein die Vorbedingung für jeglichen Fortschritt der Menschheit sein kann, ist durch ausgesprochene Förderung der Maschinentechnik zu gewinnen.

Die Beteiligung der Arbeiter an Kontrolle und Leitung der Betriebe schließt ein die Ueberwachung und Kontrolle der tätigen Arbeiterschaft selber durch ihre eigenen Organe, um etwa auffommender Arbeitsunlust zu begegnen. Wird auch hierauf von vornherein Wert gelegt, dann werden Maßnahmen überflüssig, wie sie jetzt im Sowjetrußland von der Regierung Lenins angeordnet wurden, die für eine Reihe Unternehmungen das berüchtigte Taylorsystem einführt, um eine größtmögliche Intensität der Arbeit zu erreichen und die überhandgenommene „passive Resistenz“ weiter Arbeiterfreije zu bekämpfen. Die sittliche Kraft des deutschen Arbeiters läßt hoffentlich solche Mißfälle in kapitalistische Ausartung überflüssig sein.

Ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm hat außer diesen hier skizziert Punkten noch weitere Maßnahmen festzulegen, die alle als Vorbereitung zur Übernahme der Produktion in die Gemeinwirtschaft zu gelten haben. Eine solche sehen wir z. B. in der Beseitigung der sogenannten Glendindustrien und Glendstricke und in der Verhinderung der Bildung neuer. In Verbindung damit steht die Verhinderung der vorzugsweisen wirtschaftlichen Kräftigung einzelner Berufsgruppen, das besondere Hervortreten solcher in bezug auf ausnehmend gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Kosten anderer Gruppen oder der Allgemeinheit. Ueberhaupt müssen Grundzüge aufgestellt werden, die das gleiche Recht für Jedermann auch auf die Bewertung als Arbeitskräfte übertragen. Darunter verstehen wir Richtlinien für Höhe und Ausmaß der Gegenleistung für die den gewerblichen Unternehmungen zur Verfügung gestellte Arbeitskraft und für alle deren Einzelercheinungen, beginnend bei der Berufswahl und endigend bei der Fürsorge für die durch Invalidität, Krankheit oder Alter aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen. So denken wir an die Berufsberatung, Lehrzeit, Lehrlingsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ferien für alle gewerblich Tätigen, neben materielle Sicherstellung der kranken, invaliden und alten Arbeitskräfte auch an charitative Einrichtungen für diese usw., alles Dinge, die nicht von dem einzelnen Gewerbe, sondern von der Gesamtheit der Arbeitskräfte grundlegend festgelegt werden müssen.

Auz: der ganze Arbeiterlebens bedarf der grundsätzlichen Festlegung in einem allgemein anerkannten Programm der Gewerkschaften mit dem Zweck der Beseitigung der Entwicklung. Wir wissen sehr wohl, daß die wirtschaftliche Umwälzung nicht Hals über Kopf erfolgen kann, daß vielmehr lange Zeit dazu gehört, um alle unsere Forderungen in die Praxis zu überführen. Um so notwendiger ist eine programmatische Festlegung alles dessen, was auf dem Wege zu diesem Ziel zu beachten ist. Jede Institution ist in der heutigen Zeit das, was sie aus sich zu machen versteht, und wenn sich unsere Gewerkschaften dazu entschließen, großzügige Arbeit nach der hier angedeuteten Seite hin zu leisten, dann arbeiten sie damit zugleich an einer gewissen Stabilisierung unseres Wirtschaftslebens. Die Millionenmacht unserer Gewerkschaften muß den ihr zufließenden übertragenden Einfluß im Interesse der Arbeiterschaft ausüben. Nicht in Untätigkeit dürfen wir verharren, sondern kraftvolle, vorwärtsstrebende Arbeit größtmäßiges ist zu leisten.

Der Verbandstag

fol nunmehr nach einem Beschluß des Verbandsvorstandes, dem der Ausschuß des Verbandes erst noch beizutreten hat, am 28. Juli und bei folgenden Tage stattfinden. Der Stuttgarter Verbandstag hatte als Tagungsort Düsseldorf bestimmt. Durch die Besetzung des Rheinlands, durch die Düsseldorf in die neutrale Zone einbezogen ist, läßt sich die Abhaltung des Verbandstages in Düsseldorf nicht ermöglichen. Vorgezogen als Tagungsort ist deshalb zunächst Würzburg.

Der Schiedspruch angenommen!

Der am 25. März gefällte Schiedspruch über unsere Forderungen an den Verband Deutscher Buchbindereibesitzer ist von beiden Parteien angenommen worden. Die bis zum 3. April laufende Frist zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung mußte infolge der politischen Zustände in Bayern und in Stuttgart verlängert werden, da es den Tarifkontrahenten in München und Stuttgart nicht möglich war, ihre Entscheidung fristgerecht an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts gelangen zu lassen. Am 9. April teilte dann der Vorsitzende des Schiedsgerichts den Parteien mit:

Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer hat mir durch Schreiben vom 7. April 1919 mitgeteilt, daß er dem am 25. März 1919 zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Buchbindergewerbe abgegebenen Schiedspruch anerkennt. Da im dortigen Schreiben vom 7. April 1919 dieselbe Erklärung abgegeben worden ist, ist der Schiedspruch rechtsverbindlich geworden.

J. A.: Dr. Eizler.

Die dem Schiedspruch nunmehr gewordenene Rechtskraft wird alle unsere Mitglieder in den Tarifstädten veranlassen für die restlose Durchführung der Abmachungen einzutreten.

Streik der Kartonarbeiter in Berlin.

In Berlin befinden sich seit dem 5. April gegen 11900 Kartonarbeiter und -arbeiterinnen im Ausstand. Wir ersuchen unsere Kartonnagenarbeiterchaft im Weide, eventuelle Stellenangebote aus Berlin abzulehnen.

Zur Einberufung eines Verbandstages.

In Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ erschien ein Antrag des Kollegen Gabel auf „sofortige Einberufung eines Verbandstages spätestens im Monat Mai, also noch vor dem Gewerkschaftsjahres“. Ich kann diesem Antrag meine volle Zustimmung geben, zumal ein diesbezüglicher Antrag schon in unserer letzten Generalversammlung einstimmig angenommen wurde. Und wie auch aus dem Bericht aus Nürnberg-Büsch zu ersehen ist, wird dort dasselbe verlangt, wenn auch aus anderen Motiven. Der Antrag versteht sich ja von selbst, denn seit unserem letzten Verbandstag 1913 hat sich kolossales vollzogen. Es war der 4 1/2 jährige Krieg dazwischen mit seinen Folgeerscheinungen, die die Selbsterziehung des Proletariats und das Tiefstrennen der Ansichten auch in den Gewerkschaften mit sich brachten, dann dem Verhalten unserer Führer und angestellten Kollegen. Es sind bei Ausbruch und während des Krieges seitens des Verbandsvorstandes sowie auch durch das Verhalten unserer „Buchbinder-Zeitung“ große Mißgriffe gemacht worden, die einer dringenden Aussprache bedürfen. Schon aus diesen Gründen dürfte es dem Verbandsvorstand und aus allen Angestellten angenehm, wie auch den Mitgliedern notwendig erscheinen, dem Verlangen sofort nachzukommen.

Kollege Gabel hatte zur Begründung seines Antrages einen Auffass beigefügt, dem ich ebenfalls nur voll und ganz zustimmen kann. All die Fragen, die er aufzählte, sind von so eminenter Bedeutung, daß sie auf keinen Fall auf die lange Bank geschoben werden dürfen.

Nicht minder wichtig ist auch die Frage unseres Tarifverhältnisses und das kühnste Verlangen nach Abschaffung des Akkordsystems. Da gerade auch außer den drei Städten (Leipzig, Stuttgart und Berlin) in anderen Ortschaften des Reiches ein tarifliches Abkommen verlangt wird, müssen wir unbedingt zu einer einfacheren und einheitlicheren Lohnregulierung kommen und uns dahingehend eine Richtlinie schaffen. Die tiefgehende und aktuellste Frage aber ist die Frage des Akkordsystems. Es wurde eine diesbezügliche Resolution schon in der Brandenburger-Versammlung vom 28. Februar unserer Zahlstelle mit großer Mehrheit angenommen. Auch die neu-

gewählte Branchenleitung wurde nur von Kollegen befehligt, die auf dem Boden des Akkordsystems stehen. Nichts mehr gibt uns die Berechtigung, mit dieser Frage uns eingehend zu beschäftigen, als das letzte Ergebnis der Verhandlungen mit unseren Arbeitgebern. Diese stellen sich heute noch auf den alten Herrenstandpunkt, der den Arbeitnehmern nur das Recht einräumt, sich ausbeuten zu lassen. Doch selbst sind die Zeiten anders geworden. Nach soviel traurigen Erfahrungen fängt es endlich an, den Rückständigsten einzuleuchten, daß es so keinesfalls länger gehen kann. Die ganze Hoffnung, aus dieser beschämenden Lage herauszukommen, ist eben das Akkordsystem, das dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber ein gleiches Recht in der Produktion, wie auch in deren Ergebnis bringen muß. Wie gesagt, schon diese herausgegriffenen Fragen, wie auch die von Kollegen Gabel angeführten, beweisen, wie unendlich viel Fragen auf Erlebigung durch den Verbandstag harren. Ich kann mich deshalb nicht auf den Standpunkt stellen, wie es unsere Gauleiterkonferenz Ende Januar getan hat und was die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ heute noch aufrechterhält, „daß wir noch immer einige Zeit verteidigen lassen sollen“, bis ein geordnetes Verhältnis sich einstellt. Meiner Ansicht nach ist das ein sehr weitgehender Begriff, denn die „einige Zeit“ kann sich auch auf einige Jahre erstrecken. Das aber — glaube ich — wollen weder die Kollegen jener Konferenz noch der Verbandsvorstand. Ich sehe die Zeit für verstrichen und für geeignet, und deshalb verlange auch ich die sofortige Einberufung des Verbandstages, um schon in der nächsten Zeit dazu Stellung nehmen zu können.

Berlin. K. G. i. l. e.

Berichte.

Kue l. S. In der Gründungsversammlung der Zahlstelle, die am 3. April stattfand, konnte die Kollegenschaft den Bericht entgegennehmen über die am selben Tage stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern. Für die Kollegen wurden 8 bis 10 Mk. bewilligt. Die Versammelten erklärten sich aber damit nicht einverstanden und wurde am andern Tage nochmals verhandelt. Dabei wurden den Kollegen der Firma Clemens Feder-Söhne 10 Mk. und den Arbeiterinnen 4 Mk. bewilligt, den Wochenlöhnern außerdem noch die am 25. Februar bewilligten Lohnzulagen in Höhe von 25 Proz. Bei der Firma Clemens Feder schwanden noch Verhandlungen. Dort wurden den Kollegen nur 8 Mk. und den Kolleginnen pro Stunde 5 Pf. zugewilligt. Den Männlichen wurde anstatt bisher Stundenlohn nunmehr Wochenlohn bewilligt.

Dresden. Gemäß der Bestimmung in dem jüngst geschaffenen Manteltarif für die Zigaretten-Kartonnagenbranche erfolgte auch hier die Regelung der Verdiensterhältnisse durch einen Ortstarif. Dieser wurde nach mehrmaliger Verhandlung am 10. April mit der Lohnkommission der Fabrikanten abgeschlossen; er tritt vorbehaltlich endgültiger Zustimmung des Unternehmerverbandes rückwirkend vom 1. April ab in Kraft mit einer Geltungsdauer bis 31. März nächsten Jahres.

Als Hauptziel dieses sei nachstehendes aus dem Tarif erwähnt. Regelmäßige Arbeitszeit 45 Stunden die Woche. Zuschläge für Hebergeitarbeit: 25 Prozent, von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh: 50 Prozent. Sonntags: 100 Prozent. Für die Berechnung von Stunden anläßlich verkürzter oder verlängerter Arbeitszeit gilt 1/10 des Wochenlohnes zusätzlich des Teuerungszuschlages.

Ein von uns eingereicherter Akkordtarif für Kartonnagenarbeiterinnen konnte nicht erreicht werden, da die Unternehmer wegen der Vielgestaltigkeit eines solchen um längere Verhandlungszeit gebeten und hierfür das erste Tarifjahr gelten lassen wollten. Auf unsere Gegenwehr verstanden sie sich endlich dazu, protokolllarisch festzulegen, daß Beratungen und Verhandlungen bis zum 1. Oktober dieses Jahres beendet sein müssen. Bis zur anderweitigen Akkordpreisregelung erfolgt auf die bisher gewährten Teuerungszulagen und Zeitausgleichsprämie ein erneuter Zuschlag von 25 Prozent, somit auf die bisherigen Akkordpreise ein Gesamtzuschlag von 85 und 50 gleich 85 Prozent. Akkordlöhne zu berechnen.

Die Einkstellungen-Wochenlöhne betragen: Für Arbeiterinnen im Alter bis 18 Jahren 21 Mk., 18-21 Jahren 24 Mk., über 18 Jahre 26 Mk.; für Hilfsarbeiter unter 16 Jahren 24 Mk., über 16 im ersten Halbjahr der Berufstätigkeit 28 Mk., im zweiten Halbjahr 30 Mk., im zweiten Jahre 32 Mk., von 18-21 Jahren 36 Mk., über 21 Jahre 42 Mk. Hilfsarbeiter an Maschinen sind nach 8 jähriger Berufstätigkeit als Gehilfen zu betrachten und zu entlohnen, wenn sie ihre Maschinen selbständig einstellen und bedienen können.

Gehilfen (Buchbinder, Kreis-, Pappschere- u. Schneidemaschinenarbeiter, Träger u. Presser): 52 Mk. Die Einstellungslohne sind in der Höhe: Bei Inkrafttreten des Tarifes erhalten alle Lohnarbeiter 5 Mk., die Lohnarbeiterinnen 3 Mk. Verdiensterhöhung. Diese Zulage muß auch bei solchen, deren Verdienst schon dem bemittelten nahezu oder ganz gleichkommt, mindestens 5 resp. 3 Mk. betragen. Eine weitere Lohnerhöhung ist schiefgeleitet, und zwar halbjährlich für Lohnarbeiterinnen 2 Mk., für Lohnarbeiter 3 Mk. für die Woche. Die Teuerungszulagen bleiben auf 50 Proz. bestehen. Der paritätische Arbeitsnachweis unseres Verbandes wird als Vermittlungsstelle für Arbeitskräfte anerkannt.

Außer Zuwendungen an das Personal gelegentlich einiger Geschäftsjubiläen haben jetzt größere Betriebe Entschuldigsummen ausgemerket. J. B. „Denkmal“ 400 Mk. an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Jasmagi A.-G. 250 Mk. an Arbeiterinnen und 300 Mk. an Arbeiter. Die mittleren und kleineren Betriebe sollen sich auf niedrigere Summen zur baldigen Auszahlung geeinigt haben, doch ist hiervon noch nichts Positives bekannt.

Obersach-Neugersdorf. Nach reichlich drei jähriger Unterbrechung wurde am 29. März in unserem Ort wieder eine Versammlung abgehalten. Unsere Zahlstelle mußte, wie so viele andere im Jahre 1915, nachdem fast alle Kollegen eingezogen waren, aufgelöst werden. Der Umschwung und nachdem die Mehrzahl der Kollegen wieder zurückgekehrt ist, brachte auch uns wieder neues Leben. Jeder muß unsere kleine Zahlstelle den Verlust von 8 Kollegen durch den Krieg beklagen. Ihr Ausbleiben wird die Zahlstelle stets im Ehren halten. Bewunnen durch die politische und nicht minder durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch bei der Lurus-fabrikfabrik Jargosch u. Tsch in Neugersdorf, bei welcher wir uns vor dem Kriege vergeblich bemühten, Fuß zu fassen, der Drang nach der Organisation erwacht. Die dort beschäftigten circa 30 Arbeiter sind fast restlos unserem Verband beigetreten. Der zur Versammlung erschienene Gauleiter Flüße schilderte den zahlreich anwesenden neuen Kolleginnen in leicht verständlicher Weise Ziele, Zweck und Nutzen der Organisation. Dann wurde zur Neugründung der Zahlstelle geschritten und die Vorstandswahlen vorgenommen. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Hanswath, 2. Vorsitzender Gocht, Kassierer Gärtner, Schriftführer Kellstein, Beisitzer die Kolleginnen Eisen, Lehns und Ritter, Revisoren Bekst und Melchert und Kollegin Springer. Kollege Flüße beantwortete dann noch einige Fragen über die Rechte und Pflichten der Arbeiterschaft.

Salzkott. Unsere Zahlstelle hielt am 20. März eine sehr gut besuchte Versammlung ab. In der Hauptsache beschäftigten sich die Mitglieder mit einem Rückblick auf unseren Tarifabschluß. Der Abschluß ist nur für die Kollegen gelungen, und zwar erhielten Kollegen im ersten Jahre nach der Lehre 21 Mk., über zwei Jahre bzw. bis 21 Jahre alt 24 Mk., über 21 bis 23 Jahre alt 26 Mk., über 23 bis 25 Jahre alt 28 Mk., über 25 Jahre alt 30 Mk. Beim Abschluß des Tarifes ist es nicht gelungen, die Teuerungszulagen tariflich festzulegen. Die Fabrikanten zahlen eine Teuerungszulage von 22 Mk. für ledige und 25.50 Mk. für verheiratete Kollegen pro Woche ohne Verbindlichkeit. Zur Lage der Kolleginnen, welche nicht in den Tarif aufgenommen sind, sei bemerkt, daß dieselben pro Woche 8 bis 15 Mk. erhalten und 7 Mk. Teuerungszulage. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen erklärten diesen Abschluß als sehr schlecht und als Lohn auf die revolutionäre Zeit und sagten folgende Resolution:

„Deutschland steht im Zeichen der Revolution. Wir in den Mittel- und Kleinstädten haben in unserer Branche kaum die geringsten Vorteile zu verzeichnen. Wir sind organisiert, aber die Organisation schafft nur für die Großstädte (siehe 4-Städte-Tarif). Warum bekommen wir keinen Reichstaxi? Es finden jetzt wieder Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer statt, wo bleiben wir in den Mittel- und Kleinstädten? Wir fordern die Verbandsleitung auf, auch an uns zu denken, ehe es zu spät ist. Zugleich fordern wir die Kollegen und Kolleginnen auf, an die Verbandsleitung heranzutreten mit diesbezüglichen Forderungen. Was nötig ist, mit Arbeitern für unsere Organisation, wenn von der oberen Leitung nichts Hervorragendes in dieser Zeit gefordert. Wir brauchen einen Reichstaxi und Reichsteuerungszulagen, wenn wir nicht verhungern sollen.“

Leipzig. Dem Wunsch der Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen nach einer Aussprache über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Branche wurde von der Ortsverwaltung stattgegeben. Je eine Versammlung für Offen und Weßen wurden einberufen und zu den überaus traurigen Lohnverhältnissen Stellung genommen. Beide Versammlungen waren recht stark besucht und förderten lebhafte Aussprachen zutage. Wie mit den dabei festgestellten Können ein nur einigermaßen menschen-

würdiges Dasein gefristet werden kann, ist eine Voraussetzung. Höchste Zeit ist es darum, ganz energisch höhere Löhne zu fordern. In einer von beiden Versammlungen einstimmig angenommenen Resolution brachten die Anwesenden zum Ausdruck, daß bei der täglich steigenden Verteuerung der Lebenshaltung die Forderung auf Erhöhung der Lohnzulage von 45 Proz. auf 100 Proz. des Grundlohnes und Bezahlung derselben an den gesetzlichen Feiertagen, das mindeste ist, was gewährt werden muß, um existieren zu können. Einen Tarif, der von Arbeitgeberseite seit einem halben Jahre als bald erscheinend angekündigt wird, steht die Arbeiterschaft pessimistisch gegenüber und verlangt geschlossenen Abschluß der Arbeitsarbeit und Einführung festec Tariflöhne, wie sie im größten Betriebe am Orte bereits bestehen. Die vorgenommene Wahl von Obmännern der Branche im Osten und Westen soll durch Verbindung mit der Ortsverwaltung zur besseren Erlebigung von Berufs- und Organisationsfragen dienen. Der Aufforderung an anwesende Unorganisierte, unverzüglich dem Verbands beizutreten, wurde in unvorhofft hohem Maße entsprochen. Damit wurde gezeigt, daß die Arbeiterschaft gewillt ist, ihre gestellten Forderungen entschieden zu vertreten und geschlossenen hinter ihren Unterhändlern mit den Arbeitgebern zu stehen.

Aufnahme. Auch in unserer Zahlstelle macht sich ein regeres gewerkschaftliches Leben geltend. Dieses zeigt sich schon in dem verhältnismäßig guten Besuch der Versammlungen. Besonders die Kolleginnen rühren sich und drängen zum Beitritt in den Verband. So sind im abgelaufenen 1. Vierteljahr 60 männliche und weibliche Neuaufnahmen zu verzeichnen, und es besteht die Hoffnung, in kürzester Zeit den höchsten Stand mit 820 Mitgliedern vom 1. August 1914 wieder zu erreichen. Von 88 zum Militär eingezogenen haben 22 Kollegen ihr Leben lassen müssen. Der Mangel an tüchtigen Kollegen zeigte sich auch in der Ortsverwaltung, welche nur aus drei Kollegen bestand, die in denkwürdiger Weise die Zahlstelle hochhielten. Nach der Entlassung des früheren Vorsitzenden Hannemann vom Militär übernahm dieser wieder den Vorsitz. Bei dem Wiederaufbau der Zahlstelle hat er die volle Mithilfe der Kollegen und Kolleginnen. Im Januar wurde den Unternehmern unsere Forderung betreffend Aufbesserung der Löhne unterbreitet. Wir verlangten als Mindestlohn 1,25 Mk. Stundenlohn für verheiratete über 21 Jahre, 1 Mk. Stundenlohn für unverheiratete Kollegen. Die Arbeitslöhne sollen um 175 Proz. aufgebessert werden, die Löhne der Jugendlichen um 125 Proz. unter Vorfall sämtlicher bisherigen Lohnzulagen. Unsere Forderung wurde von den Fabrikanten voll anerkannt und bewilligt, mit Ausnahme der Forderung für die Jugendlichen, für die wir nur 100 Proz. erzielten. Durch die Annahme

unserer Forderungen wurde den Kollegen ein Mindestlohn von 60 Mk. gesichert. Jeder Betrieb hat seinen Arbeiterausschuß und die ganze Branche am Orte einen Schlichtungsausschuß, welchem von Arbeitgeberseite die Fabrikanten Fide, Ganad und Treiner, von unserer Kollegen Seite, Kretschmann und Hoffstein angehören. Leider macht sich durch Mangel an Kohle und Gas die Verfürgung bzw. Verschiebung der Arbeitszeit notwendig, wodurch die Presserkollegen sehr im Nachteil sind. Hoffen wir, daß das wirtschaftliche Leben bald wieder in Gang kommt.

Rundschau.

Die Friedensverhandlungen und die Gewerkschaftsvertreter. Als Sachverständige zu den Friedensverhandlungen hat die deutsche Regierung den Vorsitzenden der Generalcommission der Gewerkschaften, Legien, den Generalsekretär der deutschen Gewerkschaften, Hartmann, und den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegemwald, ernannt.

Die Vorarbeiten für ein neues Arbeitsrecht sind nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums so weit vorgeschritten, daß sofort nach Oftern eine Arbeitskommission zur Beratung der Einzelabschnitte zusammenzutreten soll. Das ganze Gebiet des Arbeitsrechts soll nicht nur einheitlich aufammengefaßt werden, sondern es soll auch das Koalitionsrecht, das Berufsvereins- und Tarifvertragsrecht einbezogen werden. Ferner ist die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeitnehmer und Anzeigstellen in Aussicht genommen. Die Einzelentwürfe sollen alsbald einem größeren Kreise von Sachverständigen aus allen beteiligten Gruppen unterbreitet werden.

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften. Von den während der Kriegszeit durch die Generalcommission vierteljährlich aufgenommenen Statistiken über die Zahl der Mitglieder, der Eingezogenen und Arbeitslosen der Zentralverbände liegt jetzt das Ergebnis der Erhebung vom 3. Quartal 1914 vor. Durch die Revolutionsepoche hat sich die Aufnahme dieser Statistik fast verzögert, von 7 Verbänden ging kein Bericht ein. Für diese wurden zur Fertigstellung der Statistik die Zahlen des 2. Quartals verwandt. Das Gesamtergebnis der Statistik wird damit wenig berührt, da es sich fast ausschließlich um kleinere Verbände mit zusammen 42 000 Mitgliedern handelt, bei denen erhebliche Veränderungen des Bestandes nicht eingetreten sein dürften. Die Statistik des dritten Quartals verdient deshalb eine besondere Beachtung, weil sie die letzte vor Abschluß des Jahreskapitels ist und den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften annähernd in dessen Höchstmaß darstellt.

Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug am Schlusse des 3. Quartals 1 415 452, davon

1 040 045 männliche und 375 407 weibliche Personen. Gegenüber dem Stande vor dem Kriege ist noch ein Verlust von 1 108 133 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieser Verlust kommt nur auf die männlichen Mitglieder, die weiblichen haben sich dagegen um 154 330 vermehrt. Zum Kriegsdienst eingezogen wurden während der Dauer des Krieges 1 412 837 Mitglieder, von denen 129 585 gefallen bzw. an Folgen des Krieges gestorben sind. Der eingetretene Mitgliedererwerb übersteigt den durch Einberufungen verursachten Entzug um 300 704. Die starke Fluktuation in den Verbänden wird dadurch beleuchtet, daß während des Krieges 1 733 263 Mitglieder neu eingetreten, dagegen 1 254 880 ausgeschieden sind.

An Ausgaben für Unterstützungen hatten die Verbände vom Beginn des Krieges bis Ende des 3. Quartals 1914 insgesamt 77 708 420 Mk. geleistet, davon kommen auf Arbeitslosenunterstützung 25 833 522 Mk. und auf Unterstützung für Familien Eingezogener 28 950 898 Mk.

Zurecht haben die Gewerkschaften nach den neuesten Ziffern 3 Millionen Mitglieder überschritten. Zwölf Verbände zählen im Februar allein 2 369 000 Mitglieder. Von den übrigen 47 Verbänden stehen uns die Abrechnungszahlen vom dritten Quartal 1914 bzw. die Schätzungsziffern der Arbeitslosenstatistik vom 31. Dezember 1914 zur Verfügung. Diese Ziffern dürften aber ebenfalls durch die Masseneintritte seit Beginn des neuen Jahres bei weitem überholt sein. Die erste Million an Mitgliedern erreichten die Gewerkschaften im Jahre 1904, die zweite Million im Jahre 1910. Beim Kriegsbeginn zählten sie 2 438 661 Mitglieder, gingen aber bis 1916 infolge der Masseneinzugungen zum Wehrdienst auf 955 887 zurück. Das Jahr 1917 schloß mit 1 095 596 Mitgliedern ab, das Jahr 1918 mit etwa 1 600 000. Aus dieser fürmischen Entwicklung der Gewerkschaften ist zu erkennen, daß die Arbeitermassen das Vertrauen zu ihren Wirtschaftsorganisationen keineswegs verloren haben, und daß die letzteren berufen sein werden, bei dem bevorstehenden Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Einfluß auszuüben.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Aue i. Ergg.** B.: B. Knoll, Oststr. 22.
- K.: K. Knoll, Schneeberger Str. 83.
- Bären, Alteinl.** B.: J. Brannen, Jülpicher Straße 27.
- Endenwalde.** B.: O. Hausmann, Dössaue Straße 24. K.: A. Lohse, Forststr. 19.
- Etter.** B. u. K.: E. Schener, Palaststr. 12.

Zur Vermählung unseres Kollegen
Vinzenz Ettlinger
die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Regensburg.

Unserem lieben Kollegen
J. Gebausl und werten Braut
zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlst. Zwittau.

Eisendrähte
in allen Ausführungen, blank, gegläht, verzinkt, von den feinsten bis zu den stärksten Sorten. Feisendrähte, Nuten- und Weisendrähte liefern
W. Brose & Söhne, Hagen i. W.

Kleister und Leime
nur prima Ia bezugscheinfrei
Muster à 70 Pfennig.
Klebstoff-Industrie Martin Jackler,
Berlin N. 37, Weisburger Straße 65.
Fernsprecher: Norden 6549.

Etuismacher
perfekt in allen Arbeiten, in dauernde Stellung vor sofort gesucht. Angeb. m. Wohnanpr. an **D. Werst, Etuismacher, Cassel, Königstor 34.**

Hanfgaru (Friedenswarte)
Viele einen Posten Hanfgarn in Säuel à 60 Gramm an. p. Kilo 60 Mk. Muster-Säuel unter Voreinsendung von 8 Mk. **Lewin, Münster i. W., Haesfeldstr. 18.**

Achtung! Berlin.
Allen Kollegen und Bekannten zur Kenntnis, daß ich **Staligerstraße 140**, am Postbusser Tor, ein bürgerliches Kaffee- und Bierlokal eröffnet habe. Ich bitte als Kriegsbeschädigter alle Freunde und Bekannte um regen Besuch und werde bemüht sein, mein Lokal als Buchbinderheim ihren Wünschen entsprechend auszugestalten.
Freundlich grüßend
Robert Köhler, Staligerstraße 140.

Arbeitslosen-Zulage-Kasse f. Buchbinder und verwandte Berufe, Berlin.
Freitag, den 25. April, abends 1/8 Uhr, im Lokal Zum Aegardiner, Alexanderplatzstraße 37a:
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes, den wöchentlichen Beitrag um 10 Pfennig zu erhöhen.
2. Beziehbeneben.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Der Vorstand.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel
kleben nur noch mit
Wiril Klebstoffen
(D. R. P. a.)
Glänzende Begutachtungen.
Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.
Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.
Chemisch-technische Werke Willybald Richter
Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.
Telegramm-Adresse: Wirilwerke.
Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.
Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingesandt ist.